

638 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

1981 03 05

Regierungsvorlage

Bundesgesetz vom XXXXXXXXXXXX, mit dem das Heeresgebührengesetz geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Heeresgebührengesetz, BGBl. Nr. 152/1956, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 105/1979, wird wie folgt geändert:

§ 7 a Abs. 2 lit. d hat zu lauten:

„d) während des Grundwehrdienstes oder des freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes monatlich durch zwei Hin- und Rückfahrten auf der in der lit. a genannten Strecke, insoweit im selben Monat nicht lit. b oder c anzuwenden ist und sofern es die jeweiligen militärischen Erfordernisse sonst zulassen, daß der Wehrpflichtige seine militärische Dienststelle verläßt,“

Artikel II

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Juni 1981 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Landesverteidigung betraut.

A. Zielsetzung

Erleichterung der Kontakte der Wehrpflichtigen, die den Grundwehrdienst oder den freiwillig verlängerten Grundwehrdienst leisten, mit ihrem persönlichen, familiären und beruflichen Lebensbereich durch eine Erweiterung des Anspruches auf Fahrtkostenvergütung im Rahmen der budgetären Möglichkeiten. Gleichzeitig soll ein Anreiz zur vermehrten Benützung öffentlicher Verkehrsmittel durch Wehrpflichtige bei Fahrten von der bzw. zur militärischen Dienststelle geboten werden.

B. Lösung

Einräumung des Anspruches auf Fahrtkostenvergütung für monatlich zwei Hin- und Rückfahrten auf der Strecke zwischen der militärischen Dienststelle und der Wohnung bzw. Arbeitsstelle im Inland anstatt bisher einer solchen Hin- und Rückfahrt im Monat.

C. Alternativen

Im Rahmen der gegebenen budgetären Möglichkeiten keine.

D. Kosten

Jährlicher Mehraufwand zirka 13 Mill. S.

Erläuterungen

Nach den geltenden Bestimmungen des Heeresgebührengesetzes haben Wehrpflichtige ua. Anspruch auf Vergütung der notwendigen Fahrtkosten, die ihnen monatlich einmal während des Grundwehrdienstes (§ 28 Wehrgesetz 1978) oder des freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes (§ 32 Wehrgesetz 1978) durch eine Hin- und Rückfahrt auf der Strecke zwischen der Wohnung oder Arbeitsstelle im Inland, sofern aber diese im Ausland gelegen sind, zwischen der Staatsgrenze und der militärischen Dienststelle, zu der der Wehrpflichtige einberufen ist, erwachsen.

Im Interesse einer Besserstellung der Wehrpflichtigen während ihres Grundwehrdienstes oder freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes soll nunmehr der Anspruch auf Fahrtkostenvergütung nach § 7 a des Heeresgebührengesetzes im Rahmen der budgetären Möglichkeiten erweitert werden. Durch die im Entwurf vorgesehene Ergänzung der lit. d des § 7 a Abs. 2 leg. cit. besteht in Zukunft ein Anspruch auf Fahrtkostenvergütung zweimal im Monat. Sofern in einem Monat ein Anspruch auf Fahrtkostenvergütung nach lit. b oder c besteht, ver-

ringert sich der Anspruch nach lit. d im entsprechenden Ausmaß.

Da als notwendige Fahrtkosten nach der bisherigen wie nach der künftigen Regelung nur die Kosten ersetzt werden, die den Wehrpflichtigen bei Benützung eines Massenbeförderungsmittels erwachsen (§ 7 a Abs. 5), ist mit der Erweiterung des gegenständlichen Anspruches auch ein Anreiz zur Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel verbunden. Die vorgesehene Neuregelung könnte daher allenfalls auch zu einer Entschärfung der Verkehrssituation an Wochenenden sowie zur Energieeinsparung beitragen.

Der finanzielle Mehraufwand, der aus dem in Entwurf vorliegenden Bundesgesetz für das Jahr 1981 zu erwarten ist, wird voraussichtlich 13 000 000 S betragen; dieser Mehraufwand kann durch entsprechende Einsparungen im Rahmen des Ansatzes 1/40107 „Aufwendungen (gesetzliche Verpflichtungen)“ bedeckt werden.

Die Zuständigkeit des Bundes zur Erlassung dieses Bundesgesetzes ergibt sich aus Art. 10 Abs. 1 Z 15 B-VG („militärische Angelegenheiten“).

Gegenüberstellung

Derzeit geltende Fassung:

Im Entwurf vorgesehene Fassung:

§ 7 a Abs. 2 lit. d:

„d) monatlich einmal während des Grundwehrdienstes oder des freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes durch eine Hin- und Rückfahrt auf der in der lit. a genannten Strecke, sofern im selben Monat nicht lit. b oder c anzuwenden ist und es die jeweiligen militärischen Erfordernisse sonst zulassen, daß der Wehrpflichtige seine militärische Dienststelle verläßt,“

„d) während des Grundwehrdienstes oder des freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes monatlich durch zwei Hin- und Rückfahrten auf der in der lit. a genannten Strecke, insoweit im selben Monat nicht lit. b oder c anzuwenden ist und sofern es die jeweiligen militärischen Erfordernisse sonst zulassen, daß der Wehrpflichtige seine militärische Dienststelle verläßt,“